

und so wiegte ich
schönsten Gedanken.
ersten Tage, an
und gab mir
ein anderer
die, so hatte ich
nehmungen ge-
auf einlegte ...

888

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Annenbach, Bencha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fischhain, Groß- und Kleinsteinau, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtgemeinderates zu Naunhof; es enthält die Bekanntmachungen des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma.

Gescheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugsspreis: Monat. Mk. 1750.— ohne Ausgaben. Post
einfach. der Postgeb. monatl. frei. Mk. 2000.— Im Falle höherer Gewalt, Krieg,
Streich oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Besitzer keinen Anspruch
auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugsspreises.



Anzeigenpreise: Diesgepäck. Postzettel 120.— Mk. auswärts 150.— Mk. Uml. Zeit.
Mk. 240.— Reklamezettel Mk. 300.— Beilageged. Nummer Mk. 3000.— Schwierig.
Sach 50% Aufschlag. Annahme der Anzeig. bis 10 Uhr vormitt. des Erstellungsdatums.
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Berichtigungen nehmen Ausdrücke entgegen.
Bestellungen werden von den Ausdruckern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Gäng & Sohn, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Gernau: Amt Naunhof Nr. 2.

Nummer 57

Mittwoch den 16. Mai 1923

34. Jahrgang

Amtliches.

Stadtgemeinderatsitzung

Donnerstag, den 17. Mai 1923, abends 7 Uhr.

Tagesordnung befindet sich im Rathaus am Breit.

Die Reichseinkommensreise auf die 2. Rale 1923, häufig am 15. Mai d. J., ist bis Ende dieses Monats an die diesige Stadtneuerstattung abzuführen.

Naunhof, am 15. Mai 1923. Der Bürgermeister.

Die nächste Müllerberatungstunde findet Mittwoch, den 16. Mai 1923, nachmittags von 3-1/2 Uhr für Säuglinge und Kleinkinder in der neuen Schule in Zimmer 4 statt.

Naunhof, am 14. Mai 1923. Der Bürgermeister.

In der gestrigen 2. diesjährigen Sitzung des Schulausschusses ist folgendes beraten und beschlossen worden.

1. Von dem Vorschlag des Herrn Lehrer Richter für die Errichtung zu jedem 25-jährigen Ortsjubiläum nahm man Kenntnis.

2. Von der Zusetzung des Schulamtskandidaten Herrn Walter Albrecht nahm man Kenntnis.

3. Wegen Übernahme der Reisekosten für einen Lehrer aus Grimma für die Beizirkverfassung der nicht ständigen Lehrer sollen durch den Schulleiter Ermitelungen ange stellt werden.

4. Dem Antrage der Lehrerfamilie, die Überlastungen für den Unterricht in Kurzfrist auf die Schulhöfe zu übernehmen, wurde Beifallen gegeben.

5. Dem Antrage der Lehrerschaft, die Verwaltung der Lehmittel, der Bilderei und des Schulgartens als Pflichtlunden anzuerkennen, wurde Beifallen gegeben. Man nahm auch davon Kenntnis, daß bei dem Schulleiter 2 Stunden von 28 Pflichtlunden abzurechnen sind.

6. Von einer Verfügung des Beizirksschulamtes über die Vergütung der Mälzräder nahm man Kenntnis.

7. Von einer Verordnung des Kultusministeriums wegen Überlassung von Schulräumen an Vereine usw. nahm man Kenntnis.

8. Wegen Benutzung eines Schulzimmers in der alten Schule durch die kommunale Jugend soll erst Genehmigung gesucht werden, wenn ein Gehalt darüber eingegangen ist.

9. Das Fußboldspiel im Schulgrundstück soll sowohl den Vereinen als auch den Schülern verboten werden. Das Schiedsgericht und Faustballspiel soll nur den Schülern, nicht aber den Vereinen gestattet werden.

10. Dem Gesäß- und Kaninchenzählerverein soll die Turnhalle zu einer Ausstellung am 15. und 16. Dezember d. J. bedingungsweise überlassen werden.

11. Die Zahlung von 1000 280 Mk. für die Ausbefferung des Heizkessels in der Schule wurde genehmigt.

12. Mit der Einholung der Gemeinde Lindhardt nach Naunhof erklärte sich der Schulausschuß grundsätzlich und zwar einstimmig einverstanden.

13. Die Beschlussfassung wegen Festschrift der Vergütung für den Schularzt wurde ausgestellt.

14. Wegen der diesjährigen Elternwohl wurde ein Ausdruck gebildet. Als Wahlleiter wurde Herr Stadtrat Thiemann gewählt. Bis Wahlzeit wurden die Stunden vormittags 8 bis 12 Uhr bestimmt. Den Tag der Elternwahl bestimmt der Bürgermeister.

15. Der bei einem Bade von 22825000 Mk. und bei 2825000 Mark Deckungsmittel mit 20000000 Mk. Fehlbetrag abzüglichende Haushaltsplan auf das Rechnungsjahr 1923 wurde genehmigt.

16. Der Vorschlag der Lehrerschaft wegen Verteilung der Schulstellen wurde angenommen.

17. Vom Sachstand wegen des Kochunterrichts in der Mädchenschulbildungsschule nahm man Kenntnis.

Naunhof, am 15. Mai 1923. Der Schulausschuß.

Alleine Zeitung für eilige Leser.

* Die englische und die italienische Antwortnote auf das deutsche Angebot vom 2. Mai lehnen die deutschen Vorschläge als ungünstig ab und verlangen ein erweitertes Reparationsprogramm.

* Das Reichskabinett hat sofort nach der Rückkehr des Kanzlers nach Berlin am Montag nachmittag die Beratungen über die neuen Noten aufgenommen.

* Die Lohnverhandlungen im Bergbau sollen nunmehr durch einen Schiedsspruch geklärt werden.

* Der Preußische Landtag befiehlt eine Verstärkung seiner Geschäftsbearbeitung und die Einführung einer ständigen Parlamentarswoche.

* Die russische Delegation in Paris kann wegen der Ermordung Borodowsky sofort nach Moskau zurückkehren.

Englisch-italienische Ratschläge.

Schnell fertig war Mussolini mit dem Wort: schon drei Tage, nachdem er die deutsche Note vom 2. Mai erhalten hatte, war die französisch-belgische Antwort mit ihrer scharfen Ablehnung in Berlin eingetroffen. England und Italien haben sich die Sache genauer überlegt, sie haben acht Tage länger beraten und wohl auch gemeinsam besprochen, was ihnen Deutschland gesagt hätte. Das Resultat liegt jetzt in den zwei Antwortnoten vor, die am Sonntag nachmittag in Berlin eingingen.

Beginnen wir mit der außenpolitisch unwichtigeren, nämlich der italienischen Note. Mussolini erklärt darin, daß die deutschen Vorschläge vom 2. Mai „nicht geeignet“ seien, zur Grundlage für eine endgültige Aussprache der verbündeten Regierungen mit Deutschland zu dienen. Er habe gehofft, daß seine Mahnungen an Deutschland, praktische Vorschläge zu machen, damit man endlich aus der gefährlichen Lage Europas herauskomme; aber er sehe sich in seinen Erwartungen getäuscht. Italien steht auf dem Standpunkt, daß die

Reparationsfrage mit dem Problem der interalliierten Schulden eng verknüpft sei; diese beiden Fragen müssten möglichst rasch gelöst werden, wobei das Interesse Italiens seinen Schaden leiden dürfe, das den übrigen reparationsberechtigten kleineren Staaten bereits große Opfer gebracht habe, so sehr, daß es Bonar Law in Paris vorgelegtem Plan die Zustimmung habe versagen müssen. Denn er habe den italienischen Ansprüchen nicht genügend Rechnung getragen.

Dieser Teil der italienischen Note geht eigentlich Deutschland gar nichts an; denn wir haben auf die Frage der interalliierten Schuldenregelung und der Verteilung unserer Reparationsverpflichtungen überhaupt gar keinen Einfluß; der Abschnitt ist eine Gelegenheitsarbeit und gerichtet an die Adresse der Alliierten. Entscheidend ist vielmehr, was nun kommt: Deutschland und Großbritannien bleibe in der Höhe der Reparationschuldenberechnung (30 Milliarden Goldmark) noch hinter jenem Bonar Law's aus der Pariser Konferenz noch beträchtlich zurück und ist von dem Erfolg einer internationalen Anleihe abhängig gemacht, aus der die Zahlungen ausschließlich erfolgen sollen. Für die internationale Anleihe steht aber als Grundlage jede genauere Einzelheit und jede Bedingung, die zu einem Erfolg führen könne. Denn höchstens Angaben über die Garantien und Pänder für diese Anleihe seien nicht mitgeteilt, nichts als eine Reihe von unbestimmten und ungenauen Angaben sei gemacht, die „um so weniger wert“ seien, je wichtiger die Fragen sind, aus die sich der deutsche Vorschlag im Hinblick auf die allgemeine Regelung beziehe. Das stärkt den Glauben in der Welt, daß Deutschland unter dem Einfluß des britischen innerpolitisches Stroms um sich der Erfüllung seiner eigenen Verpflichtungen zu entziehen sucht. Deutschland müsse also baldigst eine neue Entscheidung treffen, die geeignet sei, durch ihren Inhalt und ihre genauen Einzelheiten zu einer Prüfung zu führen.

Wir haben oben das Wort „endgültig“ unterstrichen und sehen, daß damit der leiseste Gebanfe gegeben ist, der die italienische Antwort durchzieht. Wenn wir sie in einem Schlagwort zusammenfassen, so kann man sagen, daß Mussolini die deutsche Note als „unannehbar“, aber als den „Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen“ betrachtet. Nicht verschwiegen werden soll aber, daß man in der italienischen Note bezeichnenderweise das ganze Problem der Ruhrbesetzung überhaupt nicht berührt, geschweige denn ein Urteil über die Rechtslage gefällt hat.

Das scheinen uns auch die leitenden Gedanken der lange erwarteten englischen Antwort zu sein.

Wie Mussolini so drückt auch Lord Curzon seine „große Enttäuschung“ darüber aus, daß die Anregungen zu einer Fortführung der Verhandlung über das Reparationsproblem deutscherseits zu einer Antwort geführt habe, die „weder der Form noch dem Inhalt noch dem entsprochen hätte, was die englische Regierung vernünftigerweise hätte erwarten können“. Die deutsche Antwortnote „eine ungenügende Einordnung“ gemacht, den man hätte voraussehen und ihm daher vorbeugen können und müssen. Als Gründe dafür führt Curzon, wie Mussolini, an, daß von Deutschland vorgeschlagene Reparationschuldensumme von 30 Milliarden weit unter dem Betrage liege, den auf der Pariser Konferenz Bonar Law vorgeschlagen habe. Die deutsche Regierung hätte sich aber sagen müssen, daß dabei der deutsche Vorschlag von vornherein für die Alliierten völlig unannehmbar sein würde. Ferner sei die Zahlung selbst dieser Summe von einem Ergebnis einer rein internationalen Anleihe abhängig gemacht, und zwar unter Bedingungen, daß der Erfolg dieser Anleihe in weitem Umfang zweifelhaft sein werde. Hiermit schließt Lord Curzon vor allem auf die deutsche Hauptbedingung, nämlich die Rückumwandlung des Ruhrgebiets, anzuzeigen. „Die gewohnte Erfahrung von Pändern und die Anwendung von Sanctionen müsse ebenso unterbleiben wie die Belastung mit unproduktiven Ausgaben und politischen und wirtschaftlichen Fesseln“, hatte es in der deutschen Note als Voraussetzung für die Verwirklichung des Anleiheprogramms geheißen. Curzon „bedauert“ es, daß der deutsche Plan tatsächlich Bestimmungen enthalte, die sich mit der Möglichkeit eines Nichtaufstandekommens der Anleihe beschäftigen“.

Curzon betont, wie Mussolini, gleichfalls, daß die deutsche Regierung es unterlassen hätte, beratliche Garantien niederzuweisen, und statt dessen fünfjährige Verhandlungen darüber empfohlen. Das entspricht bei einer geschäftlichen Transaktion dieser Art jeden praktischen Wertes. Curzon bedauert in einer unerträglich schwierigen Art, daß Deutschland nicht „eine schärfere Abschätzung der Sitten bewiesen“ habe, auf denen allein eine Lösung der politischen und wirtschaftlichen Probleme Europas gesucht werden kann. Deutschland solle daher in seinem eigenen Interesse „eine größere Bereitschaft entwischen“, solle vor allem „unter Auskaltung aller unwesentlichen und leichtigen Punkte dazu schreiten, seine Vorschläge noch einmal zu erweitern und so zu erweitern, daß sie in eine brauchbare Grundlage für eine weitere Erörterung umgewandelt werden.“ Dann werde England bereit sein, „im geeigneten Augenblick“ an der Seite seiner Alliierten an dieser Erörterung teilzunehmen.

Noch einmal unterstreicht Curzon, daß der erste Schritt zu einer Entwirrung der Lage die Anerkennung Deutschlands sein muß, daß eine viel ernsthaftere und viel bessere Mittwirkung von unserer Seite erforderlich ist.

Was wir von der italienischen Note geschrieben haben, gilt auch von der englischen: Auf das Hauptproblem, das uns Deutsche vor allem bewegt und das der Ausgangs- und Endpunkt der deutschen Note war, nämlich das Ruhrproblem, ist in der englischen Antwort mit deutlichen Worten nicht eingegangen. Man konnte annehmen, daß dies gegenüber der französisch-belgischen Note zumindest negativ einen Fortschritt bedeutet; denn in diesem Punkt hat sich weder England noch Italien mit den beiden anderen Alliierten solidarisch erklärt. Ob man nun glauben darf, daß die Note selbst einen Fortschritt nach der Rückung einer Lösung des Reparationsproblems bedeutet wird? Lord Curzon hatte in seiner Rede vom 20. April ein zahlenmäßig figuriertes deutsches Angebot überhaupt nicht erwartet, weil naturngemäß der französische Rückenmarsch von erheblichem Einfluß auf die deutsche Zahlungsfähigkeit sein müsse. Zum Schluß es mehr auf eine bindende Formulierung der deutschen Bereitschaft angeworben, die deutsche Reparationschulden durch eine internationale Sachverständigenkommission prüfen und feststellen zu lassen. Hierüber ist in der englischen Antwortnote nun gar nichts gesagt worden, und es ist von vielen Seiten überhaupt als ein Fehler der deutschen Note betrachtet worden, ein Zahlenangebot zu machen.

Das Hauptgewicht der englisch-italienischen Antwort liegt in der Forderung, den Kritik der deutschen Note über die Garantien genauer zu präzisieren. Ob auch dadurch irgend ein Erfolg erreicht wird, hängt ja wieder von uns, noch von England oder Italien ab, sondern in der Hauptsache von Frankreich und Belgien. Wir zweifeln nicht einen Augenblick daran, daß die englische Note in Frankreich Voincarts starkste Ablehnung finden wird, weil man sich jenseits des Kanals und jenseits der Alpen nicht einfach mit einer glatten Zurückweisung der deutschen Vorschläge begnügt hat. Gerücht wird die deutsche Regierung, die mit ihrer Note A gesagt hat, nun auch weiter buchstabieren müssen und mit neuen Vorschlägen die englisch-italienische Note beantworten.

Aber soll man an einen schiefen Erfolg glauben? England wie Italien behandeln in ihren Antworten das Reparationsproblem lediglich von wirtschaftlichem Standpunkt aus; aber der ist für Frankreich nicht der maßgebende, sondern nur der maßgebliche. Und wieder hat Frankreich seinen Standpunkt immer durchgesetzt.

Was man im Reichstage sagt.

Ruhige Beurteilung der neuen Noten.

m. Berlin, 14. Mai.

Über die Aussaffung, die man in den Kreisen der Regierung und der Parteien von der durch die neuen Noten geschaffenen Lage hält, schreibt uns ein parlamentarischer Mitarbeiter:

Zunächst muß den überreiften Gerichtsmachern entgegentreten werden, die schon wieder einmal eine Abwertungskrisis an die Wand malen. Selbstverständlich ist die Lage ernst, und die Schwierigkeiten, den weiteren Weg aus der herrschenden Verwirrung zu finden, sind nicht gering, aber es liegt im Augenblick kein Grund zu einem Regierungswechsel vor. Die Parteien werden in seiner Weise ihre bisherige Haltung zum Kabinett Gunzenhauser und auch auf ihre weiteren Entschließungen keinen Druck ausüben. Man wird dem Kabinett ruhig Zeit lassen, die weiteren Schritte gründlich zu beraten und vorzubereiten. Das bedeutet nicht, daß man sich jedes Kritik entzieht. An der deutschen Note vom 2. Mai, auf die Curzon jetzt so summarisch ablehndend antwortete, ist ja schon von Anfang an mancherlei getadelt worden, und man erkennt jetzt noch deutlicher als vorher, daß man die Ruhr- und Rheinfrage viel stärker hätte in den Mittelpunkt rücken müssen, so daß es Herrn Curzon nicht möglich gewesen wäre, sie als einen „unerheblichen“ Punkt beiseite zu schließen. In der Garantiefrage wiederum verteidigt man in den Kreisen der bürgerlichen Abgeordneten die von Curzon getadelte Haltung der Regierung, denn Einzelheiten der Garantien kann man wirklich erst dann beprüfen, wenn die Geldgeber der künftigen Anleihen, die doch das größte Interesse an diesen Garantien haben, mit am Verhandlungstisch sitzen.

Dennoch gilt es nun als wahrscheinlich, daß die Regierung, falls sie eine neue Note abschicken sollte (wohl noch kein Beschluß gefaßt ist), dann die Garantiefrage eingehender behandeln dürfte. Sehr stark müßte in einem solchen Falle jedoch bedenkt werden, daß ein Deutsches Reich, dem man die volle Souveränität im Rheinlande noch nicht wiedergegeben hat, zu Reparationsgeboten überhaupt nicht in der Lage ist, geschweige denn zu höheren als dem bisherigen. Gerade die Ziffer von 30 Milliarden ist von den Sozialisten bei uns und in den Entente-Ländern für die richtige Zahl erklart worden, und vor allem muß man sich wundern, daß gerade Lord Curzon, der noch in seiner Oberhäuserei volles Verständnis dafür zeigte, daß Deutschland in seiner unsicheren Lage schwerlich feste Ziffern nennen kann, jetzt eine bestimmte höhere Zahl von uns fordert.